

INFO AKTUELL

+ + + *Deine DPoIG Hamburg informiert* + + +

Finanzsenator Dr. Andreas Dressel zu Gast bei der DPoIG Hamburg

Im Fokus: Amtsgemessene Alimentation – Tarifverhandlungen – Berufsattraktivität

Bevor Dr. Andreas Dressel (SPD) zum Senator und Präses der Finanzbehörde berufen wurde, war er zuvor viele Jahre als Innenpolitiker unterwegs. Spätestens seit seiner Zeit als Abgeordneter und innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion (2004 bis 2011), ist er ein gern gesehener und stets willkommener Ansprechpartner für die **DPoIG Hamburg**. Auch als SPD-Fraktionsvorsitzender (2011 bis 2018) war Dr. Dressel „Innenpolitiker“ und besonders gefordert, als es darum ging, die Gewaltexzesse beim G20-Gipfel 2017 politisch aufzuarbeiten.

Beim aktuellen Gespräch standen die Themenschwerpunkte **amtsgemessene Alimentation (aA)**, die zum Jahresende anstehenden **Tarifverhandlungen (TV-L)** sowie die **Berufsattraktivität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, aber auch des gesamten hamburgischen öffentlichen Dienstes, im Vordergrund des Austausches mit der Landesspitze der DPoIG Hamburg.**

aA: Landesvorsitzender Thomas Jungfer thematisierte zunächst das Unverständnis der **DPoIG** und unserer Kolleginnen und Kollegen über den Widerstand des Senats und der obersten Dienstbehörde, Musterklagen zuzulassen. Aufgrund dessen ist das Verwaltungsgericht von einem „Klagesunami“ überschwemmt worden, der seinesgleichen sucht. Niemand habe Spaß daran, seinen Dienstherrn zu verklagen, aber offensichtlich sei es nicht anders gewollt und deshalb stehe die **DPoIG** selbstverständlich zu ihren Mitgliedern, so Thomas Jungfer weiter.

Der Finanzsenator zeigte Verständnis für die Auffassung der **DPoIG**, verwies jedoch auf die bereits beschlossenen und bis zum Jahr 2025 von der Stadt zu zahlenden Angleichungszulagen. Darüber hinaus hat der Senat reagiert und ein Besoldungsstrukturgesetz auf den Weg gebracht, das sich derzeit im Abstimmungs- bzw. Gesetzgebungsverfahren befindet und von dem vor allem Beamtinnen und Beamte mit Kindern profitieren werden. Weitere Zahlungen sind aktuell finanziell nicht leistbar und hängen von Gerichtsentscheidungen in Bund (BVerfG) und Hamburg (VG) ab.

Für die **DPoIG** ist klar: Wir fordern eine verfassungskonforme Besoldung ohne Wenn und Aber! Ob das Besoldungsstrukturgesetz in der Lage sein wird, die Dienstbezüge der Hamburger Beamtinnen und Beamten rechtssicher und gerecht auszugestalten, bleibt abzuwarten! Das gilt selbstverständlich im gleichen Maß auch für unsere bereits pensionierten Kolleginnen und Kollegen.

Tarifverhandlungen: Auch hier ist die **DPoIG** völlig klar! Wir fordern einen Tarifabschluss, der sowohl eine deutliche, strukturelle Verbesserung der Bezüge von Beschäftigten, Beamten und Versorgungsempfängern (Rente/Pension) beinhaltet, aber auch die galoppierende Inflation und Preissteigerungen berücksichtigt. Für die **DPoIG** ist der diesjährige Tarifabschluss bei Bund und Kommunen (TVöD) der Minimalkonsens für eine Einigung. Die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben durch den TVöD-Abschluss gegenüber den Beschäftigten der Länder, ein sattes Plus von durchschnittlich 10,5 Prozent erreicht. Dieser Unterschied muss ausgeglichen werden.

Da Dr. Andreas Dressel als Hamburger Finanzsenator derzeit auch Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist und somit Verhandlungsführer der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen sein wird, haben wir die Gelegenheit genutzt, unsere Auffassung als tariffähige Polizeigewerkschaft zu formulieren, ohne der Forderungsfindung des dbb vorzugreifen.

Der Finanzsenator machte deutlich, dass alle Länderfinanzminister, ob der besonderen Brisanz der kommenden Verhandlungen wissen. Verhandlungsziel soll es sein, eine spürbare Entgelterhöhung, mit der Steigerung der Berufsattraktivität im öffentlichen Dienst der Länder und der Minimierung von Fluktuation zu verbinden. **Inwieweit die Ziele der Arbeitgeber mit der berechtigten Erwartungserhaltung der Kolleginnen und Kollegen übereinstimmen, hängt auch davon ab, mit welchem Engagement WIR für unsere Interessen kämpfen! An der Entschlossenheit der DPoIG Hamburg wird es keinen Zweifel geben!**

Der Landesvorstand

Hamburg, 28.07.2023

Holzdamms 18 * 20099 Hamburg * Telefon: 040 254026-0 * Fax: 040 254026-10 * E-Mail: dpolig@dpolig-hh.de